

8. Shell Sustainable Report [Electronic resource] // Company Shell. URL: <http://reports.shell.com/sustainability-report/2013/our-activities.html?cat=b> (date of the address: 15.10.2014).

9. Family lawsuit against shell [Electronic resource] // URL: http://en.wikipedia.org/wiki/Ken_Saro-Wiwa (date of the address: 15.10.2014).

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

O. Protopopova

Nationale Polytechnische Forschungsuniversität Tomsk

E-mail: Shewasonceuntouchable@mail.ru

Die wissenschaftliche Betreuerin: Dr. Fr. L. Tarassova

Im Artikel geht es um die Wirtschaft Deutschlands und ihre Bedeutung für die ganze Welt. Deutschland in unserer Zeit ist nicht nur die größte Volkswirtschaft Europas, sondern auch die viertgrößte Volkswirtschaft weltweit. Es ist wichtig zu verstehen, was steht im Grund der erfolgreichen Wirtschaft von Deutschland und welche Probleme oder Schwierigkeiten hat es.

Deutschland ist eine des entwickelten Industrielands in der Welt. Die Wirtschaft Deutschlands ist hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts die größte Volkswirtschaft Europas und die viertgrößte Volkswirtschaft weltweit. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt Deutschland 2012 in US-Dollar gerechnet in Europa an zwölfter und international an 21. Stelle. Die deutsche Volkswirtschaft konzentriert sich auf industriell hergestellte Güter und Dienstleistungen, während die Produktion von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Gütern nur eine geringe wirtschaftliche Bedeutung hat. Die größten Handelspartner sind andere Industrieländer, wobei im Außenhandel insgesamt ein beträchtlicher Überschuss erzielt wird. Als weltweit konkurrenzfähigste Wirtschaftsbranchen der deutschen Industrie gelten die Automobil-, Nutzfahrzeug-, Elektrotechnische, Maschinenbau- und Chemieindustrie. Im Dienstleistungsbereich sind international die Versicherungswirtschaft, insbesondere die Rückversicherungen, bedeutend. Eine Vielzahl von weltweit bedeutenden Messeveranstaltungen, Kongresszentren, Ausstellungen sowie eine im internationalen Maßstab bedeutende Museums- und Veranstaltungslandschaft sind wichtige Grundlage von Tourismus und Reiseverkehr von und nach Deutschland. Unverzichtbar sind der Import von Energierohstoffen und fast aller anderen Rohstoffe. Wie in allen großen Staaten, gibt es auch in Deutschland ein ausgeprägtes wirtschaftliches Gefälle zwischen wirtschaftsstärkeren und schwächeren Regionen [1].

In der heutigen Zeit befinden sich die wirtschaftsstärksten Gebiete in den Ballungsräumen des Südens, vor allem in München, Stuttgart, Frankfurt und Mannheim. Charakteristisch ist hier der im Vergleich zu anderen europäischen Metropolregionen relativ hohe Anteil an Industrie bzw. verarbeitendem Gewerbe. Auch die Region um die Hafenstadt Hamburg im Norden gehört zu den wirtschaftsstarken Gebieten. Dem stehen die Ballungsräume Mittel- und Norddeutschlands wie das Rhein-Ruhr-Gebiet, Hannover, Bremen, Berlin und Dresden gegenüber, die - im Gegensatz zum Süden - einen Strukturwandel durch Deindustrialisieren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebten und ihre wirtschaftliche Struktur daher teilweise neu ausrichten mussten.

Deutsche Industrie bietet Führung auf den verschiedenen Weltmärkten. Außenhandel meint Handelsbeziehungen - also den Austausch von Waren und Dienstleistungen - über die Grenzen eines Landes hinweg. Unterschieden wird zwischen dem Export (Ausfuhr) und Import (Einfuhr) von Waren. Deutschland exportiert hauptsächlich (47,2 Prozent der Gesamtausfuhren, 2007) Automobile, Maschinen, Chemierzeugnisse und schwere elektrische Geräte. Kraftwagen und Kraftwagenteile machen dabei 19,1 Prozent der deutschen Exporte aus, Maschinen 14,7 Prozent und chemische Erzeugnisse 13,4 Prozent der deutschen Ausfuhren aus. Die deutschen Agrarexporte summierten sich 2012 zu insgesamt 60,1 Milliarden Euro. Erdöl und Erdgas sind (im Vergleich zum Export) Deutschlands wichtigste Importgüter (Importwert von 61 Milliarden Euro, 2007) [2]. Mit einem Weltmarktanteil von 11 Prozent (2010) ist Deutschland der drittgrößte Waffenexporteur weltweit. Frankreich ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. Die Niederlande sind der zweitgrößte Handelspartner Deutschlands. Drittgrößter Handelspartner ist die Volksrepublik China. Mit einem Exportwert von 969 Milliarden Euro und einem Handelsüberschuss in Höhe von 199 Milliarden Euro war Deutschland 2007 das Land mit den weltweit meisten Exporten. Dieser Rekord-Handelsüberschuss (deutlich mehr Ausfuhren als Einfuhren) wird jedoch auch kritisch gesehen. Zum einen, da Deutschland mit seiner Exportorientierung stark von der Entwicklung im Ausland abhängig ist. Zum Anderen wird kritisiert, dass die deutsche Wirtschaft durch dieses Leistungsbilanzungleichgewicht eine nachhaltige Entwicklung in Europa verhindere. Deutschland profitiert mit seinem Handelsüberschuss davon, wenn europäische Nachbarländer ihre Binnenwirtschaft stärken, aber umgedreht können die Nachbarn nicht vermehrt nach Deutschland exportieren. Durch den global zunehmenden Handel kommt es zu verstärkter Arbeitsteilung, und somit nicht nur zu einem Zuwachs von Exporten, sondern auch von Importen. Einige Ökonomen, wie z. B. Hans-Werner Sinn, sind wegen dieses Zuwachses der importierten Vorleistungen der Ansicht, dass Deutschland zu einer Basarökonomie verkommt [3].

Beschäftigungsstruktur. Die meisten arbeitenden Menschen (73,53 Prozent) sind in Deutschland im Dienstleistungssektor beschäftigt. Wesentlich dabei sind unter anderem das Verkehrswesen, Gastgewerbe, das Sozial- und Gesundheitswesen, das Wohnungswesen als auch die Finanzwirtschaft. Das produzierende Gewerbe beschäftigt 24,4 Prozent der Erwerbstätigen, Fischerei, Land- und Forstwirtschaft 2,1 Prozent (Angaben: 2010). **Arbeitslosigkeit.** Arbeitslose sind (laut § 16 Abs. 1 SGB III) Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und sich bei dieser arbeitslos gemeldet haben. In Deutschland gilt also als arbeitslos, wer erwerbsfähig und arbeitswillig ist und trotzdem kein Beschäftigungsverhältnis findet. Ein Teil der Arbeitslosen wird bei den offiziellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit allerdings nicht mitgezählt. Nicht als arbeitslos gelten z.B. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Daneben werden Beschäftigte Personen, die mindestens 15 Stunden in der Woche arbeiten, aber wegen zu geringem Einkommen bedürftig nach dem SGB II sind und deshalb Arbeitslosengeld II erhalten, nicht als arbeitslos gezählt, weil das Kriterium der Beschäftigungslosigkeit nicht erfüllt ist. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, denen Arbeit nach § 10 SGB II nicht zumutbar ist, werden wegen mangelnder Verfügbarkeit ebenfalls nicht als arbeitslos gezählt.

Die Arbeitslosenquote gibt an, wie groß der Anteil der Arbeitslosen an allen potenziellen Arbeitnehmern ist, die für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Eine sich verändernde Arbeitslosenquote ist rechnerisch sowohl von der Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen als auch der Anzahl der Erwerbstätigen abhängig. Zur Einschätzung der Ent-

wicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland sollten daher neben der Arbeitslosenquote die Anzahl der Arbeitslosen und die Anzahl der Erwerbstätigen als weitere wichtige Kennzahlen beachtet werden. Der Begriff Erwerbspersonenpotenzial bezeichnet nach dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit) die Summe aus Erwerbstätigen, Arbeitslosen und "Stiller Reserve". Die "Stille Reserve" besteht aus nicht erwerbstätigen Personen, die Arbeit suchen ohne bei den Agenturen für Arbeit als Arbeitslose registriert zu sein oder die bei aufnahmefähigerem Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft anbieten würden. Die "Stille Reserve" wird mittels aufwendiger Berechnungen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geschätzt. Das Erwerbspersonenpotenzial ist die maximale Anzahl aller erwerbsfähigen Personen in Deutschland. Die Arbeitslosenquote in Deutschland stieg während der Wirtschaftskrise nur leicht von 7,8 Prozent im Jahr 2008 auf 8,1 Prozent im Jahr 2009 an. Danach sank die Arbeitslosenquote. Sie lag im Jahresdurchschnitt 2013 bei 6,9 Prozent. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland nahm den gleichen Verlauf. Im Jahr 2013 lag sie im Schnitt bei 2,97 Millionen.

Statistiken zur Armut in Deutschland. Gemäß der Definition der Europäischen Union ist von Armut bedroht, wer mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Bevölkerung auskommt muss. Wer in Deutschland weniger als 11.278 Euro im Jahr verdient, gilt als armutsgefährdet (Stand 2009). Die Armutsgefährdungsquote liegt in Deutschland aktuell bei 15,1 Prozent. Die Bundesländer mit der höchsten Armutsgefährdungsquote sind Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im Mittelfeld.

Deutschland hat dazu bedeutende Rohstoffvorkommen, insbesondere im Bereich der Kohlevorkommen (Stein- und Braunkohle), im Bereich Kalisalz, Baustoffe und Steine und Erden. Außerdem befinden sich Erdgasvorkommen in Niedersachsen. Das dichtbesiedelte Industrieland mit dem fünftgrößten Energieverbrauch (nach USA, China, Japan und Indien) weltweit ist dennoch auf Rohstoffimporte angewiesen. Die Bedeutung der heimischen Steinkohle aus dem Ruhrgebiet und dem Saarland sowie der Braunkohle in Sachsen und Sachsen-Anhalt nahm in den vergangenen Jahrzehnten ab. 2005 erfolgte etwa 47 Prozent der Stromerzeugung und 24 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs aus Kohle, Steinkohle und daraus produzierter Koks ist heute vor allem für die lokale Stahlindustrie und metallverarbeitende Industrie von Bedeutung. Die eigene Erdölförderung in Deutschland erwirtschaftete in den 1960er Jahren noch 30 Prozent des heimischen Bedarfs, mittlerweile nur noch 3 Prozent.

Inflation. Mit dem Begriff Inflation wird die Geldentwertung (Absinken des Geldwertes) bezeichnet, welche durch ein beständiges Ansteigen des Preisniveaus für Endprodukte (Konsumgüter, Investitionsgüter) gekennzeichnet ist.

Die Inflationsrate errechnet sich aus dem Preisanstieg eines durch das Statistische Bundesamt definierten Produktwarenkorb. Dieser Warenkorb enthält eine möglichst repräsentative Auswahl verschiedener Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, für die ein durchschnittlicher Endverbraucher bzw. Haushalt in Deutschland im Jahresverlauf Geld ausgibt. Hierin enthalten sind unter anderem Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung, Miete, Strom, Telekommunikation, Freizeitausgaben und Rohstoffe (bspw. Benzin, Heizöl) sowie staatliche Gebühren und Steuern. Der Warenkorb wird laufend aktualisiert, damit immer diejenigen Gütervarianten in die Preisbeobachtung eingehen, welche von den Konsumenten aktuell häufig gekauft werden. Die durchschnittliche Preisentwicklung für eine Güterart wird dann jeweils mit dem Ausgabenanteil gewichtet, welchen die privaten Haushalte in Deutschland für diese Güterart ausgeben. Die Inflationsrate hängt

demzufolge nicht nur davon ab, wie sich die Preise für die Produkte des Warenkorb ändern, sondern auch davon, mit welchem Gewicht die Preisentwicklungen der einzelnen Güter in den Verbraucherpreisindex eingehen. Im sog. Wägungsschema ist festgelegt, welches Gewicht die Waren und Dienstleistungen im Verbraucherpreisindex haben. Das Wägungsschema wird alle fünf Jahre angepasst.

Die Preisentwicklung dieses Warenkorb, d.h. der privaten Verbrauchsausgaben, wird von dem Verbraucherpreisindex abgebildet. Die Steigerung des Verbraucherpreisindex zeigt die Inflationsrate an. Im Jahr 2012 betrug die Inflationsrate in Deutschland 2,0 Prozent. Das Land mit der höchsten Inflationsrate im Jahr 2012 war Weißrussland mit einer Teuerungsrate von über 60 Prozent. Die Preissteigerung in der Europäischen Union (EU) war im gleichen Zeitraum mit ca. 2,5 Prozent im Vergleich mit den Inflationsraten in den Weltregionen vergleichsweise gering. Die weltweite Inflationsrate lag im Jahr 2012 nach Schätzungen bei 4,0 Prozent.

Die Beziehungen der deutschen Wirtschaft mit Russland kann man nach folgenden Punkten charakterisieren:

- **Visa-Freiheit:** Ein zentrales Anliegen der deutschen Wirtschaft ist die Abschaffung der gegenseitigen Visa-Pflicht zwischen der EU und Russland sowie eine Reform der strikten Registrierungsbestimmungen in Russland. Ziel bleibt aber die völlige Abschaffung der gegenseitigen Visa-Pflicht. Dies wäre ein europäisches Konjunkturprogramm zum Nulltarif, mit dem das Kosten vermieden, Investitionshemmnisse beseitigt und neue Geschäftsmöglichkeiten geschaffen würden.

- **Mittelstand:** Nur eine demokratische und plürale Gesellschaft kann die Grundlage für eine umfassende Modernisierung der russischen Wirtschaft bilden. Russland braucht einen starken Mittelstand, denn es gilt, gerade die liberale Mittelschicht als Träger der Wahlproteste in eine Modernisierungspartnerschaft einbinden. Der Ost-Ausschuss sieht bei der Förderung mittelständischer Strukturen in Russland auch die deutsche Wirtschaft in der Pflicht. Deshalb wurde im Mai 2013 im Ost-Ausschuss eine Kontaktstelle Mittelstand für Russland eingerichtet, die KMU beim Einstieg auf den russischen Markt berät.

- **Rohstoffpartnerschaft:** Der Bau der „Nord Stream-Pipeline“ war ein wichtiger Schritt, um die Energiebeziehungen zwischen der EU und Russland auf eine verlässlichere Grundlage zu stellen. Russland ist ein Schlüsselpartner zur sicheren Versorgung deutscher und europäischer Unternehmen mit Rohstoffen wie Öl, Gas, Kohle oder Seltenen Erden. Daher setzen wir uns für eine langfristige Energie- und Rohstoffpartnerschaft ein. Dazu hat der Ost-Ausschuss einen Arbeitskreis Rohstoffkooperationen gegründet und eine intensive Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Rohstoff-Forum begonnen [4].

- **Grüne Technologien:** Gute Voraussetzungen gibt es auch für eine Zusammenarbeit zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Entwicklung erneuerbarer Energien und zur Verbesserung des Klimaschutzes in Russland. Bis 2020 soll die Energieeffizienz in Russland um 40 Prozent gesteigert werden. Deutschland ist Weltmarktführer bei grünen Technologien. Durch die Anwendung modernster Technik im Inland gewinnt Russland neue Ressourcen für den Export von Rohstoffen [5].

- **Agrarwirtschaft:** Große gemeinsame Chancen sieht der Ost-Ausschuss auch im Agrarbereich: Russland verfügt mit 120 Millionen Hektar über einen Anteil von neun Prozent an den weltweiten Ackerflächen (bei nur zwei Prozent Anteil an der Weltbevölkerung). Russland kann einen herausragenden Beitrag zur Welternährung leisten. Um diesen Anspruch zu erfüllen, könnte die Zusammenarbeit mit deutschen Produzenten zur Modernisierung der russischen Landwirtschaft sowie zur Aus- und Weiterbildung von Personal weiter intensiviert werden. Ein erhebliches Potenzial besitzt Russland durch seinen Wald-

reichtum und die großen Agrarflächen in der Bioenergie, das gemeinsam erschlossen werden kann.

• Investitionsförderung: Der Ost-Ausschuss begrüßt das zunehmende Interesse russischer Firmen am deutschen Markt. Wenn wir von strategischer Partnerschaft sprechen, sollte es bei Handel und Investitionen keine Einbahnstraße geben. Dabei ist klar, dass Unternehmen die Spielregeln des jeweils anderen Landes berücksichtigen müssen. Das gilt für deutsche Unternehmen in Russland genauso wie für russische Unternehmen in Deutschland.

Deutschland spielt eine besonders wichtige Rolle in der ganzen Welt und hat gute Perspektive in der Zukunft.

Quellenverzeichnis.

1. [Die elektronische Ressource] <http://de.statista.com/statistik/kategorien/>
2. [Die elektronische Ressource] <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Aussenhandel/Handelswaren/Tabellen/Content75/EinfuhrAusfuhrGueterabteilungen,templateId=renderPrint.psml>
3. [Die elektronische Ressource] <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Forecasts/Gemeinschaftsdiagnose/Archiv/GD-20140410.html>
4. [Die elektronische Ressource] <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/AussenhandelWelthandel5510006127004.pdf>
5. Tagesschau: Energiemix und Stromerzeugung in Deutschland, 2005

ECONOMIC PROSPECTS OF CRIMEA

V.V. Sadykova

Tomsk Polytechnic University, Tomsk
E-mail: viktoria.sadykova@yandex.ru
Scientific advisor: Andronova L.A., Ph.D.

The following article examines the possible economic prospects for the Russian annexation of the Crimea. It estimates potential areas for further development of the Crimean economy, like projects for the production of hydrocarbons, the installation of new gas pipeline and the development of ports and tourism.

Key words: Crimea, economic prospects, resources, business, gas, oil, tourism, investments.

Crimea could become part of the region of advanced development, like the Russian Far East. The special economic zone would unite the Crimea and the Russian Black Sea coast. Annexation of the Crimea can be profitable to Russia. Potential directions for further development of the regional economy are: projects of the production of hydrocarbons, installation of the new gas pipeline and prospects for the development of ports and tourism.

“The Crimea will be an economic burden to Russia, that will require billions of dollars of investment from the Russian budget.” This statement widely circulated in the media shortly before referendum on the annexation of the Crimea to Russia.

For example, according to the newspaper "Kommersant", the transformation of the Crimea to a part of Russia will cost about \$ 30 billion by 2025. Now an annual budget deficit of the Crimea is about \$ 1 billion - critical experts note. In the original budget there is a lack of many neces-